

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2020/203374]

9. JULI 2020 — Erlass der Regierung zur Abfederung der Auswirkungen der Corona-Krise im Bereich der Kinderbetreuung (II)

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung, Artikel 9 Absatz 2 und Artikel 12 Absatz 2;
Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung;
Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter;
Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 9. April 2020 zur Abfederung der Auswirkungen der Corona-Krise im Bereich der Kinderbetreuung;
Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 1. Juli 2020;
Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 2. Juli 2020;
Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;
Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass aktuell ein unmittelbarer Handlungsbedarf besteht, um die finanziellen Folgen der von der Föderalbehörde beschlossenen Dringlichkeitsmaßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) für die Kinderbetreuungsstrukturen und die selbstständigen Tagesmütter/-väter so schnell wie möglich einzugrenzen; dass diese Maßnahmen zu einem deutlichen Rückgang der Anwesenheit der Kinder führen, mit der Folge dass den Betreuungsstrukturen Einnahmen aus den Kostenbeteiligungen entgehen oder weniger Zuschüsse erbracht werden, was erhebliche Auswirkungen auf den finanziell abgesicherten Fortbestand dieser Strukturen haben kann; dass es zudem notwendig ist, schnellstmöglich eine Rechtsgrundlage für die während der Dauer der Corona-Krise eingeführte Not-Kinderbetreuung einzuführen, um in diesem Zusammenhang für Rechtssicherheit zu sorgen, sodass die Verabschiedung des vorliegenden Erlasses keinen Aufschub mehr duldet;

Auf Vorschlag des für die Kinderbetreuung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - In den Erlass der Regierung vom 9. April 2020 zur Abfederung der Auswirkungen der Corona-Krise im Bereich der Kinderbetreuung wird folgendes Kapitel 1 eingefügt, das den Artikel 1 umfasst:

"Kapitel 1 - Allgemeine Bestimmungen"

Art. 2 - In Artikel 1 desselben Erlasses wird folgende Nummer 4 eingefügt:

"4. Not-Kinderbetreuung: Kinderbetreuung von frühestens 6 Uhr bis spätestens 23 Uhr."

Art. 3 - In Kapitel 1 desselben Erlasses wird folgender Artikel 1.1 eingefügt:

"Art. 1.1 - Der Minister legt für die in den Artikeln 2 bis 5.17 vorgesehenen Abweichungen und Bestimmungen das Enddatum der jeweils zu berücksichtigenden Corona-Maßnahmen fest."

Art. 4 - In denselben Erlass wird folgendes Kapitel 2 eingefügt, das die Artikel 2 bis 5 umfasst:

"Kapitel 2 - Einkommensausfallentschädigung"

Art. 5 - In denselben Erlass wird folgendes Kapitel 3 eingefügt, das die Artikel 5.1 bis 5.17 umfasst:

"Kapitel 3 - Verschiedene Maßnahmen"

Art. 5.1 - Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels sind ausschließlich für die Dauer der Corona-Maßnahmen anwendbar.

Art. 5.2 - Die anerkannten Zentren für Kinderbetreuung werden damit beauftragt, eine Not-Kinderbetreuung anzubieten.

Ungeachtet des Artikels 111 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung entscheiden die anerkannten Zentren für Kinderbetreuung entsprechend dem Betreuungsbedarf und in Konzertierung mit dem Minister über die Öffnung oder Schließung der Standorte der außerschulischen Betreuung und legen die organisatorischen Modalitäten zur Umsetzung der Not-Kinderbetreuung fest.

Ungeachtet der Artikel 67 und 89 desselben Erlasses legen die anerkannten Zentren für Kinderbetreuung die Einschreibungsmodalitäten für die Not-Kinderbetreuung fest.

Art. 5.3 - Ungeachtet der Artikel 62, 88, 110 und 115 desselben Erlasses setzen die Dienste der Kinderbetreuung die Kinderbetreuer sowie das sozial-pädagogische Fachpersonal entsprechend dem tatsächlichen Betreuungsbedarf ein.

Zur Unterstützung des Betreuungspersonals in den Kinderkrippen, in den Standorten der außerschulischen Betreuung sowie in der Ferienbetreuung können die anerkannten Zentren für Kinderbetreuung Studenten im Rahmen eines Studentenvertrages unter Aufsicht des ausgebildeten Betreuungspersonals einstellen.

Art. 5.4 - Die in den Artikeln 64, 89, 111 und 176 desselben Erlasses erwähnten Mindestvorgaben zu den Öffnungszeiten und Arbeitstagen pro Kalenderjahr finden für die anerkannten Dienste der Kinderbetreuung keine Anwendung.

Art. 5.5 - Für die Anwendung des Artikels 71 desselben Erlasses werden die abwesenden Kinder für die Berechnung der Mindestvorgabe der Betreuungstage für Kleinkinder sowie für die Berechnung der Mindestauslastung als anwesende Kinder berücksichtigt.

Für die Anwendung der Artikel 72 bis 74, 91 bis 93 und 116.1 desselben Erlasses werden die abwesenden Kinder für die Berechnung der Betreuungstage gemäß dem in dem Betreuungsvertrag vorgesehenen Betreuungsplan als anwesende Kinder berücksichtigt.

Für die Anwendung der Artikel 114 § 1 Nummer 2, Artikel 155 Absatz 4 sowie 193 desselben Erlasses werden die abwesenden Kinder für die Berechnung der durchschnittlichen Mindestanwesenheit als anwesende Kinder berücksichtigt.

Art. 5.6 - Die anerkannten Zentren für Kinderbetreuung erhalten die in Artikel 76 § 2 desselben Erlasses festgelegte Jahrespauschale und zahlen diese den konventionierten Tagesmüttern, wie in Artikel 137 desselben Erlasses vorgesehen, ungeachtet der Organisation und Teilnahme an den Weiterbildungen aus.

Art. 5.7 - Ungeachtet der Artikel 81 § 1 und 98 desselben Erlasses wird die Reservierungsgebühr nicht einbehalten, wenn die Erziehungsberechtigten ihr Kind aufgrund der Corona-Maßnahmen nicht entsprechend der Vereinbarung zur Betreuung bringen.

Art. 5.8 - Ungeachtet der Artikel 85 und 98 desselben Erlasses werden die Tage, an denen ein Kind nicht betreut wurde, als Anwesenheit gemäß dem in dem Betreuungsvertrag vorgesehenen Betreuungsstundenplan berücksichtigt.

Art. 5.9 - Ungeachtet des Artikels 117 desselben Erlasses übernimmt die Deutschsprachige Gemeinschaft vollständig das eventuelle, durch die Corona-Maßnahmen bedingte Defizit der Standorte der außerschulischen Betreuung.

Art. 5.10 - Für die Anwendung des Artikels 123 § 1 Nummer 3 desselben Erlasses werden die abwesenden Kinder für die Berechnung der Mindestauslastung der konventionierten Tagesmütter als anwesende Kinder berücksichtigt.

Art. 5.11 - Für die Organisation der in Artikel 5.2 erwähnten Not-Kinderbetreuung und der dazu erforderlichen zusätzlichen Kinderbetreuer bezuschusst die Deutschsprachige Gemeinschaft diese Personalkosten vollständig.

Die Lohnkosten zur Vergütung der Arbeitsstunden der Kinderbetreuer für die Zeiten von 6 Uhr bis 7 Uhr und von 18 Uhr bis 23 Uhr gemäß den anwendbaren arbeitsrechtlichen Bestimmungen werden ebenfalls vollständig durch die Deutschsprachige Gemeinschaft übernommen.

Art. 5.12 - Ungeachtet des Artikels 159 desselben Erlasses gewährt die Deutschsprachige Gemeinschaft den anerkannten Zentren einen Zuschuss:

1. zum vollständigen Ausgleich des belegbaren und durch die Corona-Maßnahmen bedingten Einnahmeausfalls der Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten im Tagesmütterdienst, in den Kinderkrippen sowie in den Standorten der außerschulischen Betreuung;

2. zum vollständigen Ausgleich des belegbaren und durch die Corona-Maßnahmen bedingten Einnahmeausfalls der Kostenbeteiligung der Gemeinden im Tagesmütterdienst und in den Kinderkrippen.

Art. 5.13 - Ungeachtet des Artikels 160 desselben Erlasses bezuschusst die Deutschsprachige Gemeinschaft die belegbaren Personalkosten der Funktionen der Raumpflege, der Köchin, der Kinderbetreuer, der Leitung, der Koordination und der Verwaltung der anerkannten Zentren für Kinderbetreuung mit einem Höchstbetrag von insgesamt 164.000 Euro sowie die Restkosten der Funktionskosten und Personalkosten der anerkannten Kinderkrippen.

Art. 5.14 - Die Deutschsprachige Gemeinschaft gewährt die in demselben Erlass vorgesehene Personalbezuschussung für das Personal der Kinderkrippen, des Tagesmütterdienstes, der Standorten der außerschulischen Betreuung sowie die Verwaltung der anerkannten Zentren für Kinderbetreuung ungeachtet des Einsatzes des Personals. Ausgenommen ist der Teil der Personalkosten der Beschäftigten, die krankheitsbedingt abwesend sind und über die Krankenkasse entschädigt werden.

Art. 5.15 - Die Deutschsprachige Gemeinschaft bezuschusst den anerkannten Zentren für Kinderbetreuung vollständig die belegbaren Anschaffungskosten zur Umsetzung der durch die Coronavirus (COVID-19) Gesundheitskrise erforderlichen Hygienemaßnahmen.

Art. 5.16 - Die selbstständigen Tagesmütter erhalten die in Artikel 30 des Erlasses vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter vorgesehene Unkostenentschädigung ungeachtet der Teilnahme an den Weiterbildungen.

Art. 5.17 - Der Minister gewährt auf Antrag die im vorliegenden Kapitel genannten Zuschüsse nach vorheriger Prüfung durch den Fachbereich. Die Anträge auf Bezuschussung werden bei dem Fachbereich mit den gegebenenfalls erforderlichen Belegen eingereicht.“

Art. 6 - In denselben Erlass wird folgendes Kapitel 4 eingefügt, das die Artikel 6 bis 7 umfasst:

“Kapitel 4 - Schlussbestimmungen“

Art. 7 - Vorliegender Erlass tritt mit Wirkung zum 16. März 2020 in Kraft.

Art. 8 - Der für die Kinderbetreuung zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 9. Juli 2020

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Der Minister für Bildung, Forschung und Erziehung

H. MOLLERS

—————
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2020/203374]

9 JUILLET 2020. — Arrêté du Gouvernement visant à atténuer les répercussions de la crise du coronavirus sur l'accueil d'enfants (II)

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants, l'article 9, alinéa 2, et l'article 12, alinéa 2;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 9 avril 2020 visant à atténuer les répercussions de la crise du coronavirus sur l'accueil d'enfants;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 1^{er} juillet 2020;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 2 juillet 2020;

Vu les lois coordonnées sur le Conseil d'État du 12 janvier 1973, l'article 3, § 1^{er};

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait qu'il faut actuellement agir directement afin de limiter aussi rapidement que possible, pour les structures accueillant des enfants et pour les accueillants autonomes, les conséquences financières des mesures d'urgence adoptées par l'autorité fédérale en vue de contenir la propagation du coronavirus (COVID-19); que ces mesures entraînent une diminution significative de la présence d'enfants et, de ce fait, pour les structures d'accueil, une perte de recettes - provenant des participations aux frais - ou de subsides, ce qui peut avoir d'importantes répercussions sur la pérennité financière de ces structures; qu'il est en outre nécessaire d'établir le plus rapidement possible une base légale pour la mise en place d'un accueil d'urgence pendant la crise due au coronavirus, afin d'assurer une sécurité juridique dans ce cadre; de sorte que l'adoption du présent arrêté ne souffre aucun délai;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Accueil d'enfants;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. - Dans l'arrêté du Gouvernement du 9 avril 2020 visant à atténuer les répercussions de la crise du coronavirus sur l'accueil d'enfants, il est inséré un chapitre 1^{er}, comportant l'article 1^{er}, intitulé comme suit :

« *Chapitre 1^{er} - Dispositions générales* ».

Art. 2. - L'article 1^{er} du même arrêté est complété par un 4^o rédigé comme suit :

« 4^o accueil d'urgence : l'accueil des enfants de 6 heures du matin au plus tôt à 23 h au plus tard. »

Art. 3. - Dans le chapitre 1^{er} du même arrêté, il est inséré un article 1.1 rédigé comme suit :

« *Art. 1.1* - Pour les dérogations et dispositions prévues aux articles 2 à 5.17, le Ministre fixe la date de fin des différentes mesures « Corona » à prendre en compte. »

Art. 4. - Dans le même arrêté, il est inséré un chapitre 2, comportant les articles 2 à 5, intitulé comme suit :

« *Chapitre 2 - Indemnité compensatoire de perte de revenus* »

Art. 5. - Dans le même arrêté, il est inséré un chapitre 3, comportant les articles 5.1 à 5.17, rédigé comme suit :

« *Chapitre 3 - Mesures diverses* »

Art. 5.1 - Les dispositions du présent chapitre sont applicables exclusivement durant les mesures « Corona ».

Art. 5.2 - Les centres d'accueil agréés sont chargés de proposer un accueil d'urgence.

Nonobstant l'article 111 de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants, les centres d'accueil agréés décident, selon les besoins en termes d'accueil des enfants et en concertation avec le Ministre, de l'ouverture ou de la fermeture des lieux d'accueil extrascolaire et fixent les modalités organisationnelles relatives à la mise en place de l'accueil d'urgence.

Nonobstant les articles 67 et 89 du même arrêté, les centres d'accueil agréés déterminent les modalités d'inscription pour cet accueil d'urgence.

Art. 5.3 - Nonobstant les articles 62, 88, 110 et 115 du même arrêté, les services d'accueil d'enfants engagent des gardes d'enfants ainsi que du personnel socio-pédagogique spécialisé selon les besoins effectifs en termes d'accueil.

Afin d'appuyer le personnel d'accueil au sein des crèches, des lieux d'accueil extrascolaire ainsi que des lieux d'accueil pendant les vacances, les centres d'accueil agréés peuvent engager des étudiants dans le cadre d'un contrat d'occupation d'étudiant; ces étudiants seront placés sous la surveillance dudit personnel d'accueil qualifié.

Art. 5.4 - Les normes minimales relatives aux heures d'ouverture et aux jours de travail par année calendrier mentionnées aux articles 64, 89, 111 et 176 du même arrêté ne s'appliquent pas aux services d'accueil d'enfants agréés.

Art. 5.5 - Pour l'application de l'article 71 du même arrêté, les enfants absents sont considérés comme étant présents pour calculer les normes minimales relatives aux journées d'accueil pour les jeunes enfants ainsi que pour calculer l'occupation minimale.

Pour l'application des articles 72 à 74, 91 à 93 et 116.1 du même arrêté, les enfants absents sont considérés comme étant présents pour calculer les journées d'accueil conformément au plan d'accueil prévu dans le contrat d'accueil.

Pour l'application des articles 114, § 1^{er}, 2^o, 155, alinéa 4, ainsi que 193 du même arrêté, les enfants absents sont considérés comme étant présents pour calculer la présence minimale moyenne.

Art. 5.6 - Les centres d'accueil agréés obtiennent le forfait annuel fixé à l'article 76, § 2, du même arrêté et le paie aux accueillants d'enfants conventionnés, comme ce qui est prévu à l'article 137 du même arrêté, indépendamment de l'organisation et de la participation à des formations continues.

Art. 5.7 - Nonobstant les articles 81, § 1^{er}, et 98 du même arrêté, le droit de réservation n'est pas retenu si, en raison des mesures « Corona », les personnes chargées de l'éducation ne confient pas leur enfant à un service d'accueil conformément au contrat.

Art. 5.8 - Nonobstant les articles 85 et 98 du même arrêté, les jours pendant lesquels les enfants n'ont pas été confiés à un service d'accueil sont considérés comme étant des présences conformément à l'horaire d'accueil prévu dans le contrat d'accueil.

Art. 5.9 - Nonobstant l'article 117 du même arrêté, la Communauté germanophone prend en charge la totalité de l'éventuel déficit subi par les lieux d'accueil extrascolaire en raison des mesures « Corona ».

Art. 5.10 - Pour l'application de l'article 123, § 1^{er}, 3^o, du même arrêté, les enfants absents sont considérés comme étant présents pour calculer l'occupation minimale des accueillants d'enfants conventionnés.

Art. 5.11 - En vue d'organiser l'accueil d'urgence mentionné à l'article 5.2 et d'engager les gardes d'enfants supplémentaires nécessaires, la Communauté germanophone subsidie la totalité des frais de personnel.

Le coût salarial engagé pour la rémunération des heures de travail que les gardes d'enfants prestent entre 6 h et 7 h et entre 18 h et 23 h conformément aux dispositions applicables en matière de droit du travail est également subsidié intégralement par la Communauté germanophone.

Art. 5.12 - Nonobstant l'article 159 du même arrêté, la Communauté germanophone octroie aux centres agréés une subvention :

1^o destinée à compenser intégralement la perte de recettes enregistrée au niveau de la participation aux frais supportée par les personnes chargées de l'éducation dans les services d'accueillants d'enfants, les crèches ainsi que les lieux d'accueil extrascolaire, si cette perte est due aux mesures « Corona » et justifiable;

2^o destinée à compenser intégralement la perte de recettes enregistrée au niveau de la participation aux frais supportée par les communes dans les services d'accueillants d'enfants et les crèches, si cette perte est due aux mesures « Corona » et justifiable.

Art. 5.13 - Nonobstant l'article 160 du même arrêté, la Communauté germanophone subsidie les frais de personnel justifiables pour les fonctions du personnel d'entretien, de cuisinier, de garde d'enfants, de direction, de coordination et de gestion des centres d'accueil agréés, et ce, à concurrence d'un montant de 164 000 euros ainsi que les frais résiduels liés aux frais de fonctionnement et de personnel des crèches agréées.

Art. 5.14 - La Communauté germanophone octroie en outre le subventionnement du personnel prévu dans le même arrêté pour le personnel des crèches, des services d'accueillants d'enfants, des lieux d'accueil extrascolaire ainsi que pour le personnel administratif des centres d'accueil agréés, indépendamment de l'occupation du personnel. En est toutefois exclue la part des frais de personnel des personnes occupées qui sont absentes pour cause de maladie et qui sont indemnisées par la mutualité.

Art. 5.15 - La Communauté germanophone subsidie intégralement les centres d'accueil agréés pour les frais d'achat justifiables engagés pour la mise en œuvre des mesures d'hygiène nécessaires à la lutte contre la crise sanitaire provoquée par le coronavirus (COVID 19).

Art. 5.16 - Les accueillants autonomes obtiennent l'indemnisation forfaitaire prévue à l'article 30 de l'arrêté du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes, indépendamment de leur participation à des formations continues.

Art. 5.17 - Sur demande, le Ministre octroie les subventions énumérées dans le présent chapitre après un examen préalable par le département. Les demandes de subventionnement sont introduites auprès du département, accompagnées - le cas échéant - des justificatifs nécessaires.

Art. 6. - Dans le même arrêté, il est inséré un chapitre 4, comportant les articles 6 à 7, intitulé comme suit :
« Chapitre 4 - Dispositions finales ».

Art. 7. - Le présent arrêté produit ses effets le 16 mars 2020.

Art. 8. - Le Ministre compétent en matière d'Accueil d'enfants est chargé de l'exécution du présent arrêté.
Eupen, le 9 juillet 2020.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,
Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH
Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique
H. MOLLERS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2020/203374]

9 JULI 2020. — Besluit van de Regering tot beperking van de negatieve gevolgen van de coronacrisis voor de kinderopvang (II)

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, artikel 9, tweede lid, en artikel 12, tweede lid;
Gelet op het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders;

Gelet op het besluit van de Regering van 9 april 2020 tot beperking van de negatieve gevolgen van de coronacrisis voor de kinderopvang;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 1 juli 2020;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 2 juli 2020;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid wordt gerechtvaardigd door het feit dat er momenteel onmiddellijk ingegrepen moet worden om de financiële gevolgen van de federale dringende maatregelen om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) in te dijken, zo snel mogelijk in te perken voor de kinderopvangstructuren en zelfstandige onthaalouders; dat deze maatregelen tot een aanzienlijke daling van de aanwezigheid van kinderen leiden, met als gevolg dat de opvangstructuren inkomsten uit kostenbijdragen verliezen of minder subsidies ontvangen, wat een aanzienlijke financiële impact kan hebben op het voortbestaan van deze structuren; dat bovendien zo snel mogelijk een rechtsgrondslag moet worden geschapen voor de noodkinderopvang die tijdens de coronacrisis werd ingevoerd om de rechtszekerheid te waarborgen; dat dit besluit dus zo snel mogelijk moet worden aangenomen;

Op de voordracht van de minister die bevoegd is voor de kinderopvang;
Na beraadslaging,
Besluit :

Artikel 1. - In het besluit van de Regering van 9 april 2020 tot beperking van de negatieve gevolgen van de coronacrisis voor de kinderopvang wordt een hoofdstuk 1 ingevoegd, dat artikel 1 omvat, luidende :

"Hoofdstuk 1 - Algemene bepalingen"

Art. 2. - Artikel 1 van hetzelfde besluit wordt aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende :

"4° noodkinderopvang: kinderopvang van ten vroegste 6 uur tot ten laatste 23 uur."

Art. 3. - In hoofdstuk 1 van hetzelfde besluit wordt een artikel 1.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 1.1 - De Minister bepaalt de einddatum van de coronamaatregelen die in aanmerking moeten worden genomen voor de afwijkingen en bepalingen vermeld in de artikelen 2 tot 5.17."

Art. 4. - In hetzelfde besluit wordt een hoofdstuk 2 ingevoegd, dat de artikelen 2 tot 5 bevat, luidende:

"Hoofdstuk 2 - Compensatie voor inkomensverlies"

Art. 5. - In hetzelfde besluit wordt een hoofdstuk 3 ingevoegd, dat de artikelen 5.1 tot 5.17 bevat, luidende:

"Hoofdstuk 3 - Diverse maatregelen"

Art. 5.1 - De bepalingen van dit hoofdstuk gelden uitsluitend voor de duur van de coronamaatregelen.

Art. 5.2 - De erkende centra voor kinderopvang worden belast met het aanbieden van een noodkinderopvang.

Ongeacht artikel 111 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang beslissen de erkende centra voor kinderopvang, op basis van de opvangbehoefte en in overleg met de Minister, over het openen of sluiten van de locaties voor buitenschoolse opvang en leggen ze de nadere regels voor de organisatie van de noodkinderopvang vast.

Ongeacht de artikelen 67 en 89 van hetzelfde besluit leggen de erkende centra voor kinderopvang vast hoe men zich voor de noodkinderopvang kan laten inschrijven.

Art. 5.3 - Ongeacht de artikelen 62, 88, 110 en 115 van hetzelfde besluit zetten de diensten voor kinderopvang de kinderbegeleiders en het sociaal-pedagogisch geschoold personeel in op basis van de werkelijke opvangbehoefte.

Ter ondersteuning van het begeleidend personeel in de crèches, locaties voor buitenschoolse opvang en vakantieopvang kunnen de erkende centra voor kinderopvang studenten aannemen in het kader van een studentenovereenkomst, onder toezicht van het opgeleide begeleidend personeel.

Art. 5.4 - De minimumvoorwaarden voor de openingstijden en werkdagen per kalenderjaar, vermeld in de artikelen 64, 89, 111 en 176 van hetzelfde besluit gelden niet voor de erkende kinderopvangdiensten.

Art. 5.5 - Voor de toepassing van artikel 71 van hetzelfde besluit worden de afwezige kinderen als aanwezige kinderen beschouwd voor de berekening van het minimale aantal opvangdagen voor baby's en peuters, alsook voor de berekening van de minimale bezettingsgraad.

Voor de toepassing van de artikelen 72 tot 74, van de artikelen 91 tot 93 en van artikel 116.1 van hetzelfde besluit worden de afwezige kinderen als aanwezige kinderen beschouwd voor de berekening van de opvangdagen overeenkomstig het opvangplan vastgelegd in het opvangcontract.

Voor de toepassing van artikel 114, § 1, 2°, van artikel 155, vierde lid, en van artikel 193 van hetzelfde besluit worden de afwezige kinderen als aanwezige kinderen beschouwd voor de berekening van de gemiddelde minimumaanwezigheid.

Art. 5.6 - De erkende centra voor kinderopvang ontvangen de jaarlijkse forfaitaire bedragen bepaald in artikel 76, § 2, van hetzelfde besluit en betalen die bedragen aan de aangesloten onthaalouders, zoals bepaald in artikel 137 van hetzelfde besluit, ongeacht of voortgezette opleidingen werden georganiseerd of daaraan werd deelgenomen.

Art. 5.7 - Ongeacht artikel 81, § 1, en artikel 98 van hetzelfde besluit wordt geen reservatiegeld ingehouden als de personen belast met de opvoeding hun kind op grond van de coronamaatregelen niet zoals overeengekomen naar de opvang brengen.

Art. 5.8 - Ongeacht artikel 85 en artikel 98 van hetzelfde besluit worden de dagen waarop een kind niet opgevangen werd, beschouwd als aanwezigheid overeenkomstig het opvangrooster vastgelegd in het opvangcontract.

Art. 5.9 - Ongeacht artikel 117 van hetzelfde besluit neemt de Duitstalige Gemeenschap het tekort dat eventueel bij de locaties voor buitenschoolse opvang zou ontstaan door de coronamaatregelen volledig voor haar rekening.

Art. 5.10 - Voor de toepassing van artikel 123, § 1, 3°, van hetzelfde besluit worden de afwezige kinderen als aanwezige kinderen beschouwd voor de berekening van de minimale bezettingsgraad bij de aangesloten onthaalouders.

Art. 5.11 - Voor de organisatie van de noodkinderopvang vermeld in artikel 5.2 en de daarvoor nodige aanvullende kinderbegeleiders worden de personeelskosten volledig gesubsidieerd door de Duitstalige Gemeenschap.

De loonkosten voor de vergoeding van de werkuren van de kinderbegeleiders van 6 uur tot 7 uur en van 18 uur tot 23 uur overeenkomstig de toepasselijke bepalingen van het arbeidsrecht worden ook volledig overgenomen door de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 5.12 - Ongeacht artikel 159 van hetzelfde besluit kent de Duitstalige Gemeenschap aan de erkende centra een subsidie toe :

1° ter volledige compensatie van het bewijsbare en door de coronamaatregelen veroorzaakte verlies aan inkomsten uit de kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding in de dienst voor onthaalouders, in de crèches en in de locaties voor buitenschoolse opvang;

1° ter volledige compensatie van het bewijsbare en door de coronamaatregelen veroorzaakte verlies aan inkomsten uit de kostenbijdrage van de gemeenten in de dienst voor onthaalouders en in de crèches.

Art. 5.13 - Ongeacht artikel 160 van hetzelfde besluit subsidieert de Duitstalige Gemeenschap de bewijsbare personeelskosten van het poetspersoneel, de kok, de kinderbegeleiders, de leiding, de coördinatie en de administratie van de erkende centra voor kinderopvang met een maximumbedrag van in totaal 164.000 euro, alsook de overblijvende kosten van de werkingskosten en personeelskosten van de erkende crèches.

Art. 5.14 - De Duitstalige Gemeenschap kent de personeelssubsidiëring bepaald in hetzelfde besluit toe voor het personeel van de crèches, van de dienst voor onthaalouders, van de locaties voor buitenschoolse opvang en van de administratie van de erkende centra voor kinderopvang, ongeacht of het personeel al dan niet werd ingezet. Uitgesloten daarvan zijn de personeelskosten van de werknemers die afwezig zijn wegens ziekte en een uitkering van het ziekenfonds ontvangen.

Art. 5.15 - Wat de erkende centra voor kinderopvang betreft, subsidieert de Duitstalige Gemeenschap de volledige bewijsbare aanschaffingskosten voor de uitvoering van de hygiënemaatregelen die vereist worden naar aanleiding van de gezondheids crisis die door het coronavirus (COVID-19) is ontstaan.

Art. 5.16 - De zelfstandige onthaalouders ontvangen de kostenvergoeding bepaald in artikel 30 van het besluit van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders, ongeacht of ze aan de voortgezette opleidingen hebben deelgenomen.

Art. 5.17 - De Minister kent de subsidies vermeld in dit hoofdstuk toe op aanvraag, na voorafgaand onderzoek door het departement. De subsidieaanvragen worden bij het departement ingediend, samen met de eventueel noodzakelijke bewijzen."

Art. 6. - In hetzelfde besluit wordt een hoofdstuk 4 ingevoegd, dat de artikelen 6 tot 7 bevat, luidende :
"Hoofdstuk 4 - Slotbepalingen"

Art. 7. - Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 16 maart 2020.

Art. 8. - De minister die bevoegd is voor de kinderopvang is belast met de uitvoering van dit besluit.
Eupen, 9 juli 2020.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH
De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek
H. MOLLERS

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2020/203700]

26. JUNI 2020 — Ministerieller Erlass zur Anerkennung auf unbestimmte Dauer der Gemeinde Amel als Träger der Notaufnahmewohnung gelegen in 4770 Amel, Alte Hofstraße 6

Der Vize-ministerpräsident, Minister Für gesundheit und soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

Aufgrund von Artikel 4 bis 6 des Dekretes vom 9. Mai 1994 über Notaufnahmewohnungen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. Februar 2013;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. Juni 2019 zur Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an die Minister;

Aufgrund der Inspektion der Notaufnahmewohnung und des dazu erstellten Berichtes vom 6. Februar 2020,

Beschließt:

Artikel 1 - Die Gemeinde Amel wird als Träger einer Notaufnahmewohnung gelegen in 4770 Amel, Alte Hofstraße 6 auf unbestimmte Dauer anerkannt.

Art. 2 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Juni 2020 in Kraft.

Art. 3 - Das ÖSHZ Amel ist für die soziale Begleitung der in der anerkannten Notaufnahmewohnung untergebrachten Personen zuständig.

Art. 4 - Der Träger der o.e. Notaufnahmewohnung erhält eine Abschrift des vorliegenden Erlasses.

Eupen, den 26. Juni 2020

Der Vize-Ministerpräsident, Minister für Gesundheit und Soziales
Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2020/203700]

26 JUIN 2020. — Arrêté ministériel portant agréation, pour une durée indéterminée, de la commune d'Amblève comme pouvoir organisateur de l'habitation destinée à l'accueil d'urgence sise Alte Hofstraße 6, 4770 Amblève

Le Vice-Ministre-Président, Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement,

Vu les articles 4 à 6 du décret du 9 mai 1994 relatif aux habitations destinées à l'accueil d'urgence, modifié en dernier lieu par le décret du 25 février 2013;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 20 juin 2019 relatif au transfert de pouvoirs de décision aux Ministres;

Vu l'inspection de l'habitation destinée à l'accueil d'urgence et le rapport y relatif établi le 6 février 2020,

Arrête :

Article 1^{er}. La commune d'Amblève est agréée, pour une durée indéterminée, comme pouvoir organisateur d'une habitation destinée à l'accueil d'urgence sise Hofstraße 6, 4770 Amblève.